

zum ULV-Ausschuss am 16.04.2024, TOP 3

Hinweis für die Presse: Bitte nicht vor dem Sitzungstermin veröffentlichen.

Landkreis Ebersberg

Ebersberg, 04.04.2024

Az.

Zuständig: Katja Witschaß, ☎ 08092/823-268

Vorgesehene Beratungsreihenfolge

ULV-Ausschuss am 16.04.2024, Ö

Haushalt 2023; Bericht über das Jahresergebnis 2023

Sitzungsvorlage 2024/1119

I. Sachverhalt:

Im Februar und März erstellen die Sachgebiete ihre Abschlussberichte. Die Abschlussberichte der Sachgebiete dienen dem Finanzbereich für das externe Rechnungswesen und dem zentralen Controlling für das interne Rechnungswesen.

Der Bereich Finanzen prüft die Einhaltung der Budgets, die vom Kreistag zur Verfügung gestellt wurden. Im zentralen Controlling werden die Berichte ausgewertet und mit den Sachgebiets- und Abteilungsleitungen im Rahmen der Controllinggespräche analysiert und besprochen. Zu den Abschlussberichten findet auch ein jährliches Gespräch beim Landrat statt.

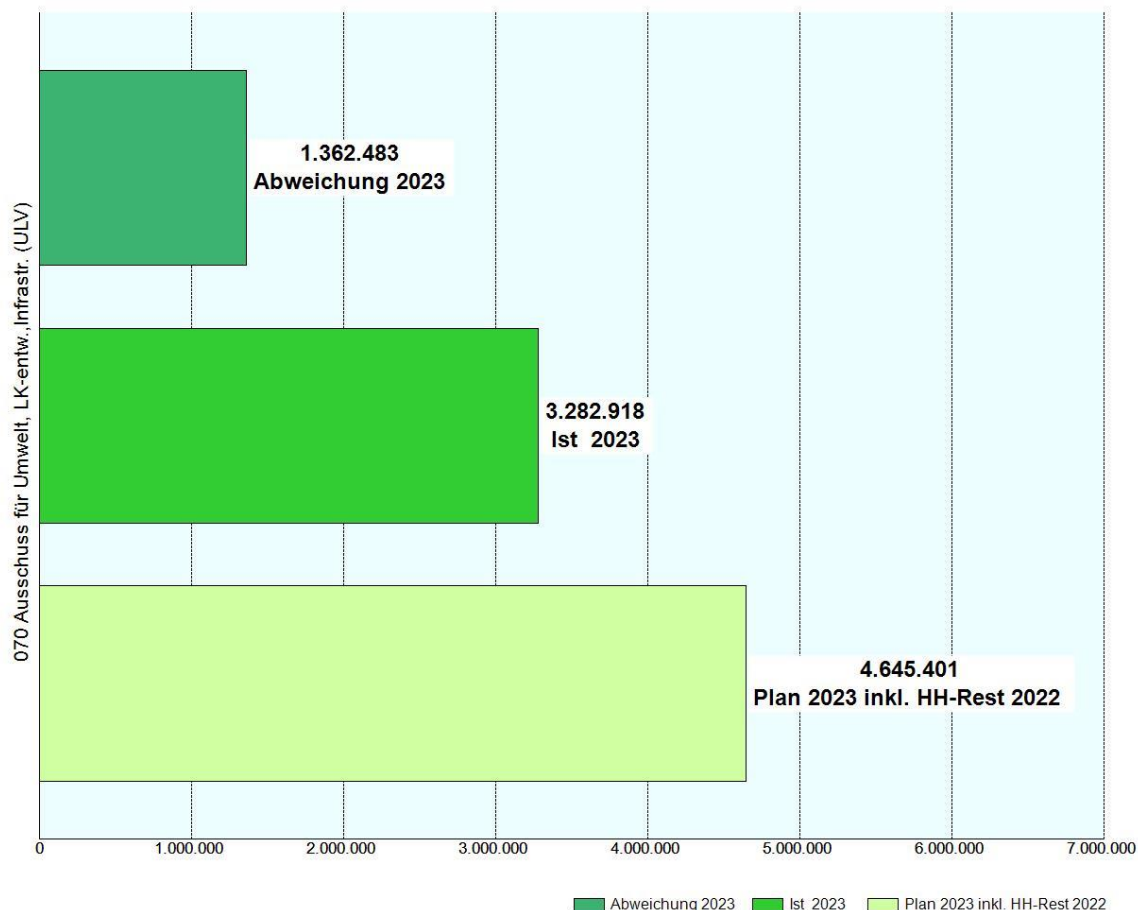
Buchungsschluss war am 31.01.2024. Das Ergebnis des ULV-Ausschusses ist endgültig.

Alle Informationen sind mit dem dezentralen Controlling abgestimmt.

1. Gesamtüberblick (Cockpit):

1.1 Investitionen:

Die folgende Grafik gibt einen Überblick über die Entwicklung der Investitionen, die dem ULV-Ausschuss (ohne Kommunale Abfallwirtschaft) zugeordnet sind. Es werden hierbei die Netto-Investitionen betrachtet, d.h. Investitionszuschüsse des Staates sind berücksichtigt.



Der Mittelabfluss bei den Investitionen liegt im Auswertungszeitraum seit 2013 immer deutlich unter der Planung, wie die nachfolgende Darstellung zeigt:

	HH-Rest	Plan	Ist	Abweichung Ist zu Plan inkl. HH-Rest	Ist / Plan inkl. HH-Rest %
2013		2.240.350	1.172.112	-1.068.238	52,32%
2014		1.940.571	1.057.731	-882.840	54,51%
2015		1.472.521	491.172	-981.349	33,36%
2016		2.192.320	313.297	-1.879.023	14,29%
2017		2.135.900	7.046	-2.128.854	0,33%
2018		3.987.150	234.807	-3.752.343	5,89%
2019		3.733.440	1.992.719	-1.740.721	53,38%
2020		5.596.450	1.206.531	-4.389.919	21,56%
2021	0	3.832.400	827.964	-3.004.436	21,60%
2022	287.863	3.618.000	98.202	-3.807.662	2,51%
2023	1.269.801	3.375.600	3.282.918	-1.362.483	70,67%

Von den für das Jahr 2023 veranschlagten Mittel für Investitionen inkl. HH-Rest 2022 in Höhe von 4.645.401 € wurden 3.282.918 € ausgeschöpft. Damit wurden in der Nettobetrachtung inklusive der Investitionspauschale insgesamt 70,67 % der geplanten investiven Mittel in Anspruch genommen. Der Ausschöpfungsgrad 2023 ist mit Abstand der höchste seit 2013.

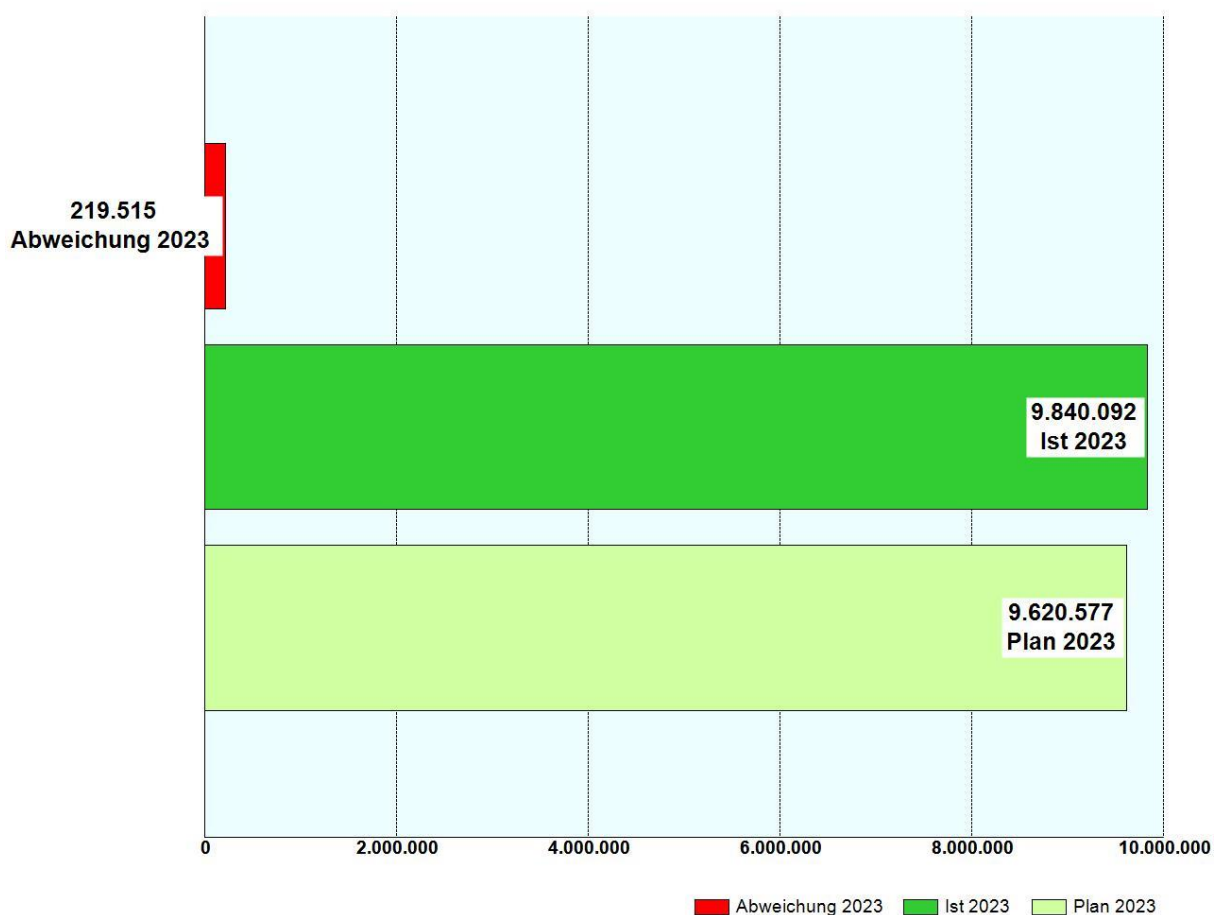
Ein wesentlicher Grund für den niedrigen Ausschöpfungsgrad der Investitionen in den vergangenen Jahren waren die nicht umgesetzten Maßnahmen im Straßenbau und die Verwendung der Investitionspauschale.

Die Investitionspauschale des Freistaats Bayern, die dem Landkreis im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs auf Grundlage des Art. 12 Bayerisches Finanzausgleichsgesetz (BayFAG) zur freien Verwendung für die Finanzierung von Investitions-, Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen gewährt wird, wurde im ULV-Ausschuss für folgende Maßnahme verwendet:

910-18-004 EBE18: Ausbau Markt Schwaben - Lkrs.grenze 139.444,38 €

1.2 Ergebnisrechnung:

Die nachfolgende Grafik zeigt das Ergebnis ohne die Kommunale Abfallwirtschaft (KAW):



Entwicklung der Ergebnisse:

	Plan	Ist	Abweichung	Abweichung %
2013	4.236.138	3.453.092	-783.046	-18,5%
2014	4.482.509	3.796.468	-686.041	-15,3%
2015	4.761.166	4.247.038	-514.127	-10,8%
2016	4.754.990	4.545.631	-209.359	-4,4%
2017	4.899.431	4.843.676	-55.755	-1,1%
2018	5.379.686	5.210.172	-169.513	-3,2%
2019	5.914.170	5.206.258	-707.912	-12,0%
2020	6.585.678	6.099.887	-485.791	-7,4%
2021	7.842.268	6.339.766	-1.502.502	-19,2%
2022	9.000.695	7.512.323	-1.488.372	-16,5%
2023	9.620.577	9.840.092	219.515	2,3%

Der ULV-Ausschuss hat den Gesamtplan in Höhe von 9.840.092 € **um 219.515 € überschritten**, das sind 2,3 %. **Gegenüber dem Ist des Vorjahres ist das eine Steigerung um 2.327.769 Euro bzw. 31 %!**

Diese Überschreitung muss vom Kreistag genehmigt werden.

Das Budget des ULV-Ausschusses beanspruchte 2023 insgesamt 12,8 % der kompletten Ergebnisrechnung, die über die Kreisumlage zu finanzieren ist.

Die Kommunale Abfallwirtschaft als kostenrechnende Einrichtung wird nicht über die Kreisumlage, sondern über Gebühren der Benutzer finanziert. Sie wird am Ende dieses Berichts gesondert dargestellt.

2. Detaillierte Darstellung

2.1 Ergebnisrechnung:

	2020	2021	2022	2023				
	Ist	Ist	Ist	Plan	Ist	Abweichung	Abweichung in %	Begründung
097 Klimaschutzmanagement			616.979	319.146	55.927	-263.219	-82,5%	1)
080 Wirtschaftsförderung/Regionalmanagement (WR)	326.467	305.610	309.492	350.110	331.693	-18.417	-5,3%	
112 ÖPNV/ Fernradwege	1.148.910	1.623.499	2.119.227	3.251.140	3.247.102	-4.038	-0,1%	
113 Schülerbeförderung	714.858	437.143	774.527	1.483.830	1.795.120	311.290	21,0%	2)
150 Kommunale Abfallwirtschaft Sondervermögen	-3.063	-4.533						
320 Kfz-Zulassungsstelle	-353.048	-337.226	-154.883	-286.702	-244.912	41.790	14,6%	3)
325 Führerscheinstelle	154.132	202.122	157.128	225.845	223.410	-2.434	-1,1%	

330 Öffentliche Sicherheit, Gemeinden	472.158	690.636	387.788	359.003	411.280	52.277	14,6%	4)
340 Veterinärwesen und gesundheitl. Verbraucherschutz	67.041	66.625	78.564	72.273	85.389	13.116	18,1%	
405 Landschaftspflegeverband (LPV)	80.589	79.451	80.293	79.641	80.829	1.188	1,5%	
410 Bauleitplanung, Wohnungsbauförderung, Gutachterauss	289.587	250.791	1.881	-486	45	531	109,3%	
420 Bauamt	343.445	294.197	703.924	748.058	785.633	37.575	5,0%	5)
440 Wasserrecht, Staatl. Abfallrecht, Immissionschutz	122.651	256.960	-119.062	331.809	286.503	-45.306	-13,7%	6)
450 Naturschutz, Landschaftspflege	435.281	480.872	485.833	689.340	529.864	-159.476	-23,1%	7)
910 Kreisstraßen und -unterhalt	2.300.878	1.993.618	2.070.632	1.997.570	2.252.209	254.639	12,7%	8)
SUMME	6.099.887	6.339.766	7.512.323	9.620.577	9.840.092	219.515	2,3%	

Die höchsten Budgets werden in den Kostenstellen 112 ÖPNV/ Fernradwege und 910 Kreisstraßenunterhalt bewirtschaftet. Im Jahr 2023 nimmt ebenfalls die Kostenstelle 113 Schülerbeförderung einen weiteren großen Nettoaufwand des ULV-Budgets ein. Diesen Kostenstellen kommt deshalb eine besondere Bedeutung zu.

Begründungen für größere Abweichungen in der Ergebnisrechnung

1) 097 – Klimaschutzmanagement – **Unterschreitung 263.219 € bzw. 82,5 %**

Die Kostenstelle des Klimaschutzmanagements weist insgesamt eine Unterschreitung in Höhe von 263.219 € auf, was zum einen an höheren Erträgen (144.300 €) liegt und zum anderen an geringeren Kosten (118.900 €).

Im Haushalt 2023 wurden einige Zuschüsse nicht angesetzt, die 2023 erzielt werden konnten. So erhielt man eine Förderung für den Energienutzungsplan des Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (68.700 €) und für das Klimaanpassungskonzept (40.753 €) von der Regierung von Oberbayern. Darüber hinaus musste die Sicherheitsrückstellung in Höhe von 120.428 € aufgelöst werden. Zum Zeitpunkt des Jahresabschlusses 2022 war noch nicht bekannt, ob die vom Landkreis Ebersberg vorgeschlagenen 200.000 € (ULV-Beschluss vom 30.11.2022) zum Beitritt zur Aktion Zukunft Plus ausreichen oder ob der Landkreis München auf die geforderten 320.428 € besteht. Da die gesamten 320.428 € im Haushalt 2022 veranschlagt waren, wurde für den restlichen Betrag eine Rückstellung gebildet. Am 01.03.2023 stimmte der Landkreis München dem Beitritt des Landkreises Ebersberg für 200.000 € zu, sodass die Rückstellungen 2023 aufgelöst wurden.

Nicht realisiert werden konnte der Zuschuss für den Klimaanpassungsmanager (85.550 €), der bis zu 80 % refinanziert werden sollte. Das geschlossene Förderfenster hat sich nicht bis Ende 2023 wieder geöffnet (Kreis- und Strategieausschuss 07.11.2022 Top 11Ö).

Bezüglich der geringeren Kosten kommen vor allem die geringeren Personalkosten in Höhe von 100.572 € zum Tragen. Die zwei neuen Stellen konnten erst Mitte Oktober 2023 bzw. zum 01. Januar 2024 besetzt werden. Außerdem wurde ein Sonderurlaub genehmigt. Aufgrund dessen kam es im Jahr 2023 zu Kapazitätsmangel und einige Vorhaben konnten nicht wie geplant umgesetzt werden. Zu einem Mehrbedarf (ca. 35.500 €) kam es bei den Gutachter- und Beraterleistungen aufgrund des schnelleren Projektfortschritts am Höhenkirchener Forst, die in 2024 erstattet werden. Dieser Mehrbedarf konnte jedoch durch die zeitliche Verschiebung des Projektes "Kompensation des CO2" im Rahmen der Aktion Zukunft Plus ausgeglichen werden (28.000 € Beschluss vom ULV-Ausschuss am 30.11.2022). Des Weiteren wurde eine geringere Prämie (insgesamt ca. 8.000 €) für die Klimaschulen ausbezahlt, da die Schulen den geplanten Maximalbetrag nicht erreicht haben.

2) 113 – Schülerbeförderung – Überschreitung 311.290 € bzw. 21 %

Auf der Kostenstelle der Schülerbeförderung sind rund 361.900 € höhere Erträge und rund 673.200 € mehr an Aufwendungen angefallen.

Für die pauschalen Zuweisungen vom Land Bayern sind 327.700 € mehr als geplant eingegangen. Zum einen ist der Zuweisungsbetrag je Schüler um 17,10 € höher als geplant ausgefallen. Zum anderen wurden mehr Schüler als geplant gemeldet. Außerdem erfolgte eine Korrektur aus dem Vorjahr, um die gemeldeten Schülerzahlen zu berichtigen, welches ebenfalls zu mehr Erstattungen führte. Des Weiteren stieg der Anteilssatz für die Berechnung der Zuweisungen um 2,31 %. Hierfür werden die Aufwendungen des Landkreises ins Verhältnis zu den Aufwendungen aller Aufgabenträgergruppen gesetzt. Durch die Einführung des 49 € Tickets im Mai 2023 mussten anteilig bereits einbezahlte Eigenbeteiligungen wieder zurückerstattet werden, sodass der Planansatz um 9.500 € unterschritten wurde. Die Erstattungen der Gemeinden für die Amtshilfe sind um 26.300 € höher als geplant ausgefallen, weil mehr Fahrkarten abgerechnet wurden. Diese Mehrerträge werden jedoch auf der Kostenseite wieder ausgeglichen.

Aufgrund von Mutterschutz und Beschäftigungsverbot sind ungeplante Erträge in Höhe von 18.400 € eingegangen. Die Personalkosten weisen eine Überschreitung in Höhe von 19.900 € auf, weil eine Nachbesetzung frühzeitig erfolgte und daher die Stelle kurze Zeit doppelt besetzt war. Für Stellenanzeigen sind 7.800 € ungeplant angefallen.

Für die Schülerbeförderung sind 643.000 € mehr Ausgaben entstanden. Die Rechnung für Dezember 2023 wurde in das Jahr 2023 gebucht. Bisher wurden die Dezemberrechnungen erst im Folgejahr gebucht. Dadurch entstanden Mehrausgaben in Höhe von 358.100 €. Darüber hinaus mussten bei den SFZs und bei den weiterführenden Schulen vermehrt Einzelbeförderungen beauftragt werden. An der Berufsfachschule für Kinderpflege sind für den Zeitraum September bis Dezember 2023 Beförderungskosten von 8.600 € angefallen. Ab 01.01.2024 werden diese Schüler über den MVV befördert. Die Ausgaben für die Fahrtkostenrückerstattungen waren um 13.000 € höher als geplant, weil für das Schuljahr 2023/2024 die Familienbelastungsgrenze von 370 € je Schüler auf 320 € je Schüler pro Schuljahr gesunken ist bzw. 490 € pro Familie pro Schuljahr neu eingeführt wurde (Schulwegkostenfreiheitsgesetz Art. 3 Abs. 2). Für Auslagen des ÖPNVs (KST 112) für die Schülerbeförderung im nördlichen Landkreis Ebersberg sind

26.400 € mehr als geplant angefallen. Hingegen bei den Schülerzeitkarten der Deutschen Bahn Minderausgaben von 37.300 € durch die Einführung des 29 €/49 € Tickets entstanden sind.

Die Überschreitung ist vom Kreistag zu genehmigen.

3) 320 – Kfz-Zulassungsstelle – Überschreitung 41.790 € bzw. 14,6 %

Die geplanten Erträge für das überlassene Kostenaufkommen konnten nicht erreicht werden (Unterschreitung 76.700 €), weil die erwartete Steigerung erst in der 2. Jahreshälfte eintrat. So weisen die Erträge für die Zulassungen eine Planunterschreitung von 101.400 € auf. Für Änderungen/Ersatz entstanden im Vergleich zur Planung Mindereinnahmen in Höhe von 13.500 €. Hingegen aufgrund einer Änderung der Gebührenordnung (Anhebung von 7,80 € auf 16,80 €) die Erträge für die Abmeldungen/Stillegungen den Planansatz überschritten (+ 43.100 €). Die Erträge aus dem Verkauf für Feinstaubplaketten blieben ebenfalls hinter den Planwerten zurück (Unterschreitung 14.900 €).

Folgend eine Übersicht zu den Fallzahlen:

Produkt Nr.	Bezeichnung	IST 2022	Plan 2023	IST 2023	Veränderung 2023 zu 2022
3211	Zulassungen	21.462	27.681	22.200	+ 738
3212	Außerbetriebsetzung	25.258	26.755	28.915	+ 3.654
3213	Änderungen	11.373	15.837	13.010	+ 1.637
3214	Sonderkennzeichen	1.761	2.510	2.097	+ 336
3215	Zwangsabmeldungen	3.818	4.380	4.223	+ 405
3216	FZ.-Briefe	4.770	9.220	9.074	+ 4.304
3217	Auskünfte	1.560	1.600	1.560	0
3218	Feinstaubplakette	8.313	11.561	8.626	+ 313
Summe		88.768	99.545	93.112	+ 4.344

Die Personalkosten weisen eine Unterschreitung in Höhe von 39.900 € auf, weil eine Stelle aufgrund von Personalwechsel nicht ganzjährig besetzt war. Der geplante Bürobedarf wurde um 7.600 € unterschritten, weil die Fahrzeugscheine und –briefe aus der Sammelbestellung des Vorjahres noch ausreichten.

4) 330 – Öffentliche Sicherheit, Gemeinden – Überschreitung 52.277 € bzw. 14,6 %

Insgesamt wurden ca. 4.400 € mehr Erträge für das überlassene Kostenaufkommen vereinnahmt. Die Planwerte gerade im Bereich der Schwertransporte wurden den stetigen Anstieg der Einnahmen angepasst, sodass es in 2023 nicht mehr zu einer extremen Plan-Ist-Abweichung gekommen ist. Die Kostenträger mit den höchsten Einnahmen in 2023 sind folgend aufgeführt:

	2020	2021	2022	2023		Plan/Ist Abweichung
	Ist	Ist	Ist	Plan	Ist	
3312 Ausnahmegenehmigungen u. Erlaubnisse	-256.218	-394.429	-397.014	-449.300	-487.140	-37.840
3321 Waffenrechtl.u.sprengstoffrechtl. Entscheidungen	-34.856	-32.995	-37.334	-39.173	-49.494	-10.320
3342 Rechtsentscheidungen i. Angel. d. Lebensmittelüberw.	-22.973	-30.430	-30.330	-48.900	-30.532	18.368
3331 Jagdscheine und Jägerprüfung	-23.327	-30.560	-29.200	-40.390	-27.891	12.499
3314 Güterkraftverkehr	-8.438	-11.524	-47.233	-10.200	-26.868	-16.668
3351 Gaststättenrechtl. Entscheidung	-15.860	-13.479	-17.942	-21.410	-22.602	-1.192
3381 Schulpflichtverletzung	-457	-3.294	-3.067	-3.500	-12.181	-8.681

Demgegenüber stehen Uneinbringlichkeiten in Höhe von ca. 16.300 € gegenüber. Für die Unterbringung beschlagnahmter Tiere erfolgte ein viel zu niedriger Ansatz in Höhe von 2.000 €. Tatsächlich sind rund 37.000 € angefallen. Diese Entwicklung ist besorgniserregend. Die Abschussprämie Schwarzwild wird nicht mehr in dem Umfang abgerufen, wie es nach der Einführung der Fall war. Es endstanden Minderausgaben in Höhe von 29.500 €.

18.000 € an Erstattungen wurden für die Landtagswahlen 2023 eingeplant. Als Grundlage dieser Planung wurde eine Erstattung aus dem Jahr 2018 herangezogen. Damals fand ebenfalls eine Landtagswahl statt. Im Rahmen der Aufarbeitung fiel auf, dass die Erstattung aus 2018 nicht für die damalige Landtagswahl war, sondern für die Bundestagswahl im Vorjahr 2017, sodass die geplanten 18.000 € nicht eingenommen werden konnten. Für Stellenanzeigen entstanden Kosten in Höhe von rund 15.000 €. Die geplanten Personalkosten wurden lediglich um 7.800 € unterschritten. Die restliche Abweichung begründet sich durch Überschreitungen in verschiedenen Bereichen, wie z.B. bei der EDV-Wartung, Fortbildung, Bürobedarf, Bücher, Telefonkosten usw.

5) 420 Bauamt – **Überschreitung 37.575 € bzw. 5 %**

Die Baugenehmigungsgebühren (Erträge) errechnen sich aus den deutlich gestiegenen Baukosten. Zudem wurden Pauschalgebührensätze entsprechend angepasst. Dadurch konnten deutlich höhere Einnahmen als geplant erzielt werden (+212.000 €). Durch statisch aufwändige Bauvorhaben haben sich die Kosten für Gutachten deutlich erhöht (Planüberschreitung von 181.600 €). Diese Kosten werden nachträglich durch die Einnahmen erstattet, sodass es zu Periodenverschiebungen kommt. Des Weiteren mussten ca. 11.500 € als Niederschlagungen verbucht werden. Die Personalkosten überschreiten den Planansatz um ca. 48.400 € aufgrund von Arbeitszeiterhöhungen und der Besetzung einer neuen Halbtagsstelle, die auf einer anderen Kostenstelle geplant war. Für Stellenanzeigen sind ca. 9.900 € mehr angefallen.

6) 440 – Wasserrecht, Staatl. Abfallrecht, Immissionsschutzrecht – **Unterschreitung - 45.306 € bzw. 13,7 %**

Bei der Kostenstelle 440 ist es zu Mehreinnahmen für Verfahren in Höhe von rund 63.900 € gekommen. Im Allgemeinen ist eine genaue Planung aufgrund nicht vorhersehbarer unternehmerseitiger Investitionen, die ein Genehmigungsverfahren mit sich ziehen, nicht möglich. Im Berichtsjahr wurden drei Einzelgenehmigungsverfahren abge-

schlossen, welche aufgrund des überdurchschnittlichen Investitionsvolumens alleine Gebühreneinnahmen von 100.000 Euro generiert haben. Auch die Erträge für die nicht förmlichen Verfahren sind antragsabhängig und daher nicht genau planbar. In 2023 ergaben sich in diesem Bereich höhere Erlöse durch die große Anzahl der Anträge, die teilweise höhere Gebühren nach sich zogen. Im Gegensatz zu den Mehreinnahmen wurden ca. 22.000 € weniger an Kostenerstattungen der GAB zur Förderung der Grundwasserreinigungsanlage in Anzing eingenommen. Wegen fehlenden Rechnungen von Auftragsnehmern erfolgte die Antragstellung bei der GAB später als geplant, sodass der restliche Betrag in 2024 gebucht wird.

Aufgrund Arbeitszeiterhöhungen und Auszahlungen von Überstunden sowie eine Urlaubsabgeltung aufgrund Ausscheiden eines Mitarbeiters kam es zu einer Überschreitung der Personalkosten in Höhe von 15.300 €. Angesparte, nicht verwendete Budgetüberträge in Höhe von rund 11.600 € wurden nach interner Prüfung und Rücksprache mit der Regierung von Oberbayern aufgelöst.

- 7) **450 – Naturschutz, Landschaftspflege – Unterschreitung 159.476 € bzw. 23,1 %**
Die Personalkosten weisen eine Unterschreitung in Höhe von 66.000 € auf, welches größtenteils auf eine nicht nachbesetzte Stelle zurückzuführen ist. Außerdem gab es aufgrund der ZAPO-Ausbildung der Biodiversitätsberaterin, längeren Abwesenheiten einzelner Kollegen und Personalwechseln keine ausreichenden personellen Kapazitäten zur Umsetzung von allen geplanten Maßnahmen. Dies betrifft zum Beispiel das Besucherlenkungskonzept mit einem Eigenanteil von 11.000 € (geplant waren 37.000 € im Aufwand mit einer 70% Refinanzierungsquote) und Teile des Kiebitzprojekts (geplant waren 25.000 € Aufwendungen mit einer 90%igen Refinanzierung). Darüber hinaus konnten die üblichen Winterpflegearbeiten nicht wie geplant und sonst üblich im Dezember durchgeführt werden, sodass der Planansatz um 14.800 € unterschritten wurde. Aufgrund der Sturm- und Schneeschäden waren die Firmen anderweitig überlastet. Im Bereich der durchwachsenen Silphie wurden keine Anträge gestellt. Es wurde lediglich Saatgut für das Bienenprojekt – Artenreiches Grünland in Höhe von rund 1.600 € gekauft. Insgesamt wurde der Planansatz dieser freiwilligen Leistung um rund 23.400 € unterschritten.

Generell werden Ersatzgelder zweckgebunden und zeitnah verwendet. Die zur Verfügung stehenden Ersatzgelder wurden mittlerweile fast verbraucht bzw. waren für konkrete Projekte zeitnah reserviert. Darüber hinaus hat sich das Sachgebiet bereits 30.000 € von einem anderen Landratsamt ausgeliehen. Deshalb konnten Maßnahmen teilweise nicht mehr durchgeführt bzw. refinanziert werden. Die Ersatzgelder werden buchhalterisch nicht vom Landratsamt verwaltet, sodass keine Auswirkung auf das Budget besteht.

- 8) **910 – Kreisstraßen und -unterhalt – Überschreitung 254.639 € bzw. 12,7 %**
Trotz der 39.300 € höheren Erträge größtenteils durch die Zuschüsse für Straßenbaumaßnahmen weist die Kostenstelle insgesamt eine Planüberschreitung in Höhe von rund 254.600 € auf.

Der Mehraufwand in Höhe von rund 294.000 € begründet sich durch 129.600 € höhere Kosten für den Straßenunterhalt. Der erhebliche Mehraufwand für Straßenbeschilderungen, Baustellenabsicherungen, Amphibienschutzszäune, Mietfahrzeug zur Sinkkastenreinigung auf diversen Kreisstraßen, Mietbagger für Bankettarbeiten auf der EBE 9 und Mietgeräte für Baumpflegearbeiten an diversen Kreisstraßen wurden bei der Planung nicht berücksichtigt bzw. unterschätzt. Des Weiteren überstiegen die Strompreise den Planansatz um 20.500 €, weil sich der Strombeschaffungspreis verdoppelt hat. Dies führte zu nicht planbaren Nachbelastungen der Stromkosten von Ampeln, Pumpenanlagen und Glätteanlage. Ebenso überstiegen die Treibstoffpreise sowie der Reparaturbedarf der Fahrzeuge den Planansatz. Die geplanten Abschreibungen wurden 2023 um 122.300 € überschritten. Z.B. wurde die Investition EBE 18 Ausbau Markt Schwaben - Lkrs.grenze (Nr. 910-18-004) und die EBE 5 Fahrbahnerneuerung OD Forstinning (Nr. 910-05-006) aktiviert. Der restliche Mehrbedarf entstand bei weiteren Ausgaben z.B. für die KFZ-Versicherung, Verkehrssicherungsanlagen, Verbrauchsmaterial, Stellenanzeigen usw.

Der Planansatz des Winterdienstes weist eine Unterschreitung in Höhe von 70.500 € auf. Die Winterdienstabrechnung für 2021 und 2022 in Höhe von 228.572 € ist erst Ende Januar 2024 gekommen und wurden fälschlicherweise nicht in das Jahr 2023 gebucht.

Die Überschreitung ist vom Kreistag zu genehmigen.

Ein Blick auf die wichtigsten Kostenträger:

In 2023 wurden insgesamt 98 Kostenträger bewirtschaftet. Nachfolgend die Landkreisaufgaben:

	2020	2021	2022	2023			
	Ist	Ist	Ist	Plan	Ist	Abweichung	Abweichung in %
1123+1121 MVV Busverkehr und Tarifstrukturreform	1.080.973	1.535.460	2.053.365	3.165.740	3.151.831	-13.909	-0,4%
1131-1134 Schülerbeförderung weiterführende Schulen	566.657	259.690	768.430	1.477.880	1.781.377	303.497	20,5%
080 Wirtschaftsförderung/ Regionalmanagement	326.467	305.610	309.492	350.110	331.693	-18.417	-5,3%
405 Landschaftspflegeverband (LPV)	80.589	79.451	80.293	79.641	80.829	1.188	1,5%
097 Klimaschutzmanagement	141.034	519.220	616.979	319.146	55.927	-263.219	-82,5%
SUMME	2.195.720	2.699.432	3.828.559	5.392.517	5.401.656	9.139	0,2%

1123+1121 MVV Busverkehr und Tarifstrukturreform

Für die Kostenträger MVV Busverkehr und Tarifstrukturreform sind insgesamt Kosten in Höhe von 3,15 Mio. € im Jahr 2023 entstanden. Der Planansatz wurde so gut wie eingehalten. Innerhalb der Zuschüsse und Aufwendungen kam es zu Planunter- und Planüberschreitungen.

Für das 365 € Ticket entstanden rund 63.400 € Mehrausgaben. Der Planwert entspricht einer Prognose zur Haushaltsplanung. Unterjährig stellte sich heraus, dass tatsächlich höhere Kosten entstanden sind. Vermutlich sorgte das 49 €-Ticket für einen Einnahmerückgang beim 365 €-Ticket, weil das 49 €-Ticket, welches deutschlandweit gilt, attraktiver ist. Diese Einnahmeausfälle mussten ausgeglichen werden. Hingegen es bei den Ausgaben für die Tarifstrukturreform zu einer Planunterschreitung in Höhe von 45.200 € gekommen ist. Die Verbundlandkreise haben entschieden die Ausgleichszahlungen für 2024 einzustellen. Die Zahlungen wurden ebenfalls bereits für 2023 reduziert.

Die Erstattungen von Gemeinden sind um 216.100 € niedriger ausgefallen, als geplant. Die Rechnungen an die Gemeinde Poing und Vaterstetten für die Drittfinanzierung der Linie 459 wurden nicht in 2023 gestellt, sodass der Ertrag nicht gebucht werden konnte. Der geplante Ertrag wird auch in 2024 nicht in der vollen Höhe eingehen, weil aufgrund von Fahrausfällen weniger in Rechnung gestellt werden kann. Durch die Fahrausfälle entstanden weniger Kosten, welche jedoch erst mit der MVV-Abrechnung nächstes Jahr geltend gemacht werden. Die Spitzenabrechnungen erfolgen immer 2 Jahre im Nachhinein. Die Erstattungen vom MVV sind hingegen um 94.600 € höher ausgefallen als geplant, weil die Spitzenabrechnung für 2021 ein besseres Ergebnis ergab. Die Abschlagszahlungen für die Betriebskosten des MVV und der Deutschen Bahn sind um 172.900 € höher ausgefallen. Es fanden unterjährig Vertragsanpassungen statt. Eine weitere größere Unterschreitung (381.400 €) liegt bei den Wasserstoffbussen vor, welche erst September/Okttober in Betrieb genommen wurden.

1131-1134 Schülerbeförderung weiterführende Schulen - Siehe Begründung KST 113
Die Erträge aus der Amtshilfe im Bereich der Schülerbeförderung für kreisangehörige Gemeinden lag 2023 bei rund 142.700 €.

080 Wirtschaftsförderung

Auf der Kostenstelle Wirtschaftsförderung kommt zu einer Unterschreitung des Planansatzes, weil die Digitalisierung des Radwegekatasters aus Zeitgründen nicht in 2023 umgesetzt werden konnte. Darüber hinaus erfolgte der Beitritt zur Internationalen Bauausstellung Metropolregion München im EMM e.V. (IBA) erst zum 01.01.2024. Den Minderausgaben stehen höhere Personalkosten gegenüber.

097 Klimaschutzmanagement - Siehe Begründung KST 097

Bei den verhältnismäßig wenigen Landkreisaufgaben dominieren der MVV-Busverkehr, die Kreisstraßen und- unterhalt und die Schülerbeförderung aus kostenmäßiger Sicht das Teilbudget des ULV-Ausschusses.

Insgesamt ist der Bereich des ULV-Ausschusses stark von den Aufgaben des staatlichen Landratsamtes geprägt, eine aufgabenbezogene Steuerbarkeit existiert für den Landkreis in

diesem Bereich nicht. Steuerbar ist aber die Qualität der Aufgabenerfüllung, insbesondere der Personaleinsatz.

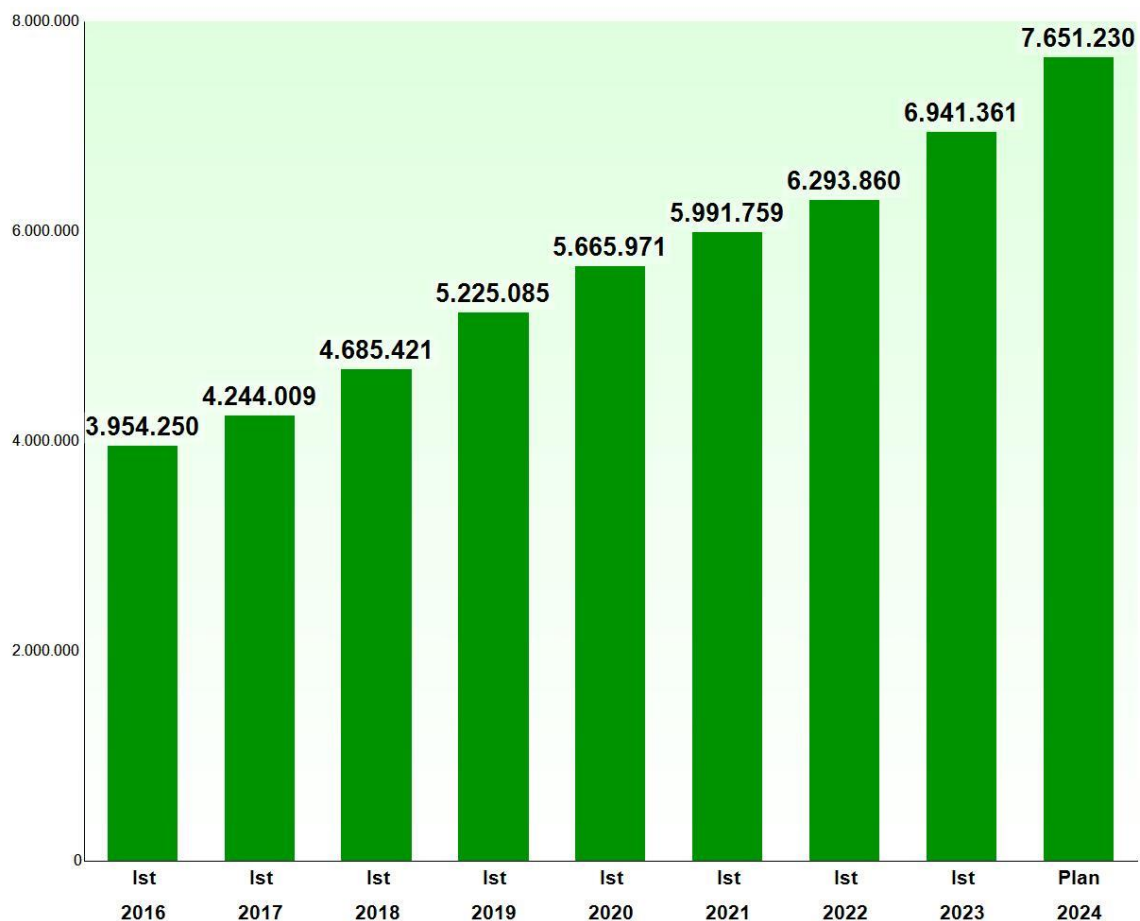
Untersuchungen bestätigen jährlich, dass die Finanzierung der Staatsaufgaben durch den Freistaat Bayern weder bei der Personalausstattung noch beim FAG-Ausgleich erfolgt. Das **jährliche** Defizit des Landkreises Ebersberg beträgt in den Jahren 2013 bis 2019 jährlich zwischen 2,3 Mio. € und 4,3 Mio. €. Im Jahr 2020 stieg die Kostenunterdeckung aufgrund von Corona auf einen Spitzenwert von 7.976.520 € an. Im Vergleich zu 2020 sinkt zwar die Kostenunterdeckung 2021 auf 6,3 Mio. €, bleibt aber immer noch auf einem sehr hohen Niveau. Im Jahr 2022 sinkt die Kostenunterdeckung weiter auf 4,7 Mio. € und steigt in 2023 auf 5,2 Mio. €. Dieses Bild zeigt sich in ganz Bayern, aus jedem Regierungsbezirk haben Landratsämter diese Berechnungen durchgeführt.

	Lkr. Ebersberg										
	Oberbayern										
	Fläche 549 km²	Einwohner Umlagekraft 2023 107.402 215.940 323 €									
	Erg. 2013	Erg. 2014	Erg. 2015	Erg. 2016	Erg. 2017	Erg. 2018	Erg. 2019	Erg. 2020	Erg. 2021	Erg. 2022	Erg. 2023
Personalkostenanteil	8.771.494 €	9.103.242 €	8.004.901 €	8.274.367 €	9.051.096 €	9.602.975 €	10.338.243 €	17.094.250 €	15.308.316 €	12.768.273 €	14.021.475 €
Sachkosten	2.423.865 €	2.335.579 €	2.573.931 €	2.454.915 €	2.480.644 €	2.457.395 €	2.567.971 €	6.909.761 €	3.591.128 €	12.658.268 €	4.929.685 €
Produktkosten											
Gemeinkostenumlage	2.624.778 €	2.883.914 €	2.608.876 €	2.389.698 €	2.621.147 €	2.867.620 €	3.207.969 €	3.609.372 €	4.148.917 €	4.336.855 €	4.434.567 €
Vollkosten nach KLR	13.820.137 €	14.322.735 €	13.187.708 €	13.118.980 €	14.152.887 €	14.927.990 €	16.114.183 €	27.613.384 €	23.048.361 €	29.763.396 €	23.385.726 €
Finanzielle Beteiligung Staat	9.480.358 €	10.370.340 €	10.733.287 €	10.787.095 €	11.663.820 €	11.418.211 €	12.469.611 €	19.636.864 €	16.769.313 €	25.025.173 €	18.222.595 €
Kostenunterdeckung	4.339.779 €	3.952.395 €	2.454.421 €	2.331.885 €	2.489.067 €	3.509.778 €	3.644.572 €	7.976.520 €	6.279.047 €	4.738.223 €	5.163.131 €
	31,4%	27,6%	18,6%	17,8%	17,6%	23,5%	22,6%	28,9%	27,2%	15,9%	22,1%

Die vierjährige Stelleninitiative des Landkreistages (70 neue Stellen pro Jahr für die Landratsämter für den Zeitraum 2019-2022) ist mit Ende des Jahres 2022 abgelaufen. Im Bereich des Verwaltungspersonals sowie beim Fachpersonal für den Veterinär- und Verbraucherschutz gab es 2023 keine Stellenmehrungen. Jedoch wurden im Rahmen des ÖGD-Paktes, dies betrifft den SFB-Ausschuss, Stellenanteile für Amtsärzte, Sozialpädagogik und für Fachkräfte für Sozialmedizin für die Jahre 2023 und 2024 zugewiesen. Bezüglich der vom StMI angekündigten neuen Stelleninitiative im Verwaltungsbereich für 2024 und 2025 gibt es noch keine konkreten Angaben, da diese Stellen erst noch im Haushaltsgesetz im Landtag beschlossen werden müssen und die Verteilung dann ggf. auch wieder über den Landkreistag wie bei den ersten Stellen erfolgen wird. An dem jährlichen 6-stelligen Defizit wird dies allerdings nur wenig ändern.

Ein Blick auf die Personalkosten:

	2020	2021	2022	2023			
	Ist	Ist	Ist	Plan	Ist	Abweichung	Abw. in %
Summe Personalaufwendungen	5.665.971	5.991.759	6.293.860	6.976.990	6.941.361	-35.629	-0,5%



Die Plan/Ist Abweichung 2023 bei den Personalkosten beträgt - 0,5 %.

Der Steuerung des Personaleinsatzes kommt in diesem Bereich eine besonders hohe Bedeutung zu. Dies gelingt durch die Vergleiche der Fallzahlen mit dem Personaleinsatz innerhalb der Kostenträger.

2.2 Investitionen

2.2.1 Investitionen der Sachgebiete:

	2022	2023		
	HH-Rest	Plan	Ist	Abweichung Ist zu Plan inkl. HH-Rest
097 Klimaschutzmanagement			2.685	2.685
325 Führerscheinstelle		6.600		-6.600
330 Öffentliche Sicherheit, Gemeinden			3.864	3.864
340 Veterinärwesen und gesundheitl. Verbraucherschutz	25.987	30.000	7.471	-48.516
420 Bauamt	57.283	40.000	4.750	-92.533
440 Wasserrecht, Staatl. Abfallrecht, Immissionschutz	47.998		14.543	-33.455
450 Naturschutz, Landschaftspflege	2.299	57.000	207.651	148.351
SUMME	133.568	133.600	240.965	-26.203

Von den insgesamt geplanten Investitionen inklusive Haushaltsrest in Höhe von 267.168 € wurden nur 240.965 € bzw. 90 % in Anspruch genommen.

KST 450 Naturschutz, Landschaftspflege

450-0014 Flächenankauf durch Moorberatung – **Überschreitung 157.490 €**

Für den Flächenankauf durch Moorberatung wurden Ausgaben in Höhe von 500.000 € und eine Refinanzierung in Höhe von 450.000 € eingeplant. Ausgaben erfolgten in 2023 in Höhe von 207.651 €. Die zugesagte Refinanzierung ist in 2023 nicht eingegangen, weil hierfür erst nach Abschluss des jeweiligen Verfahrens der Verwendungsnachweis an die ROB eingereicht werden kann.

Die Überschreitung ist vom ULV-Ausschuss zu genehmigen.

2.2. Investitionen bei den Straßen:

Insgesamt konnte bei den Straßen in 2023 im Vergleich zu den Vorjahren eine bessere Planausschöpfung erreicht werden. In der Nettobetrachtung und unter Berücksichtigung der Investitionspauschale wurden 3 Mio.€ von rund 4,4 Mio. € verbucht. Dies entspricht 69,5 %.

Die folgende Grafik zeigt den Planansatz der Nettoinvestition.

	2022	2023			
	HH-Rest	Plan	Ist	Abweichung Ist zu Plan inkl. HH-Rest	Ist kumuliert über alle Jahre bis Stichtag
910-0001 Kleingeräte, Kleinmaßnahmen	0	110.000	18.557	-91.443	778.320
910-0005 Winterdienst: Schneepflug, Streu-Automaten	5.000	5.000	0	-10.000	176.139
910-0006 Stramotfahrzeuge u. Mannschaftsfahrzeuge	35.000	0	43.877	8.877	395.927
910-0007 Lichtsignalanlagen	0	15.000	0	-15.000	196.795
910-0013 EDV-Hardware	0	0	2.100	2.100	2.100
910-0016 Transporter (Mannschaftswagen)	50.000	0	101.423	51.423	101.423
910-01-013 EBE1: Deckensanierung in der OD Poing	90.242	0	0	-90.242	19.179
910-05-004 EBE5: Aufstufung OD Forstinning	0	0	-150.000	-150.000	-122.961
910-05-005 EBE5: Neubau Geh- u. Radweg Schwaberwegen-Anzing	15.000	500.000	36.365	-478.635	89.898
910-05-006 EBE5: ZEB Deckensanierung OD Forstinning	0	0	131.006	131.006	790.145
910-05-007 EBE5: Deckensanierung Schwaberwegen-Anzing	0	150.000	0	-150.000	0
910-06-003 EBE6: Radweg von EBE 20 bis "EBE 6-alt"	212.094	150.000	5.098	-356.997	38.003
910-08-004 EBE8: Umbau der Kreuzung / St2089	10.000	0	13.569	3.569	96.835
910-08-007 EBE8: Ausbau Nettelkofen b. Seeschneider-Kreuzung	394.269	0	869	-393.400	-15.070

910-09-003 EBE9: Ausbau zw. Haging u. Jakobneuharting	0	0	2.245	2.245	1.268.417
910-09-006 EBE9: Deckenbau Grafig Rotter Str.	70.919	0	173.550	102.631	182.631
910-09-007 EBE9: Ausb. zw. Haging u. Jakobneuh. b. Schaurach	40.000	0	56.903	16.903	56.903
910-09-010 EBE9: OD Grafig, Abstufung zw. St2080 u. St2089	0	137.000	136.500	-500	136.500
910-10-003 EBE10: ZEB Sanierung OD Emmering	0	450.000	195.844	-254.156	195.844
910-13-011 EBE13: Radweg Glonn - Westerndorf	0	90.000	195	-89.805	3.891
910-13-033 EBE13: Verbreiterung Feldkirchner Str. in Glonn	0	345.000	3.726	-341.274	13.805
910-14-007 EBE14: Straßenentwässerung OD Kastensee	0	40.000	7.271	-32.729	19.940
910-18-004 EBE18: Ausbau Markt Schwaben - Lkrs.grenze	182.709	850.000	2.173.452	1.140.744	2.428.359
910-20-010 EBE20: G+R-Weg nördl. Frauenneuharting	0	0	4.154	4.154	116.594
910-20-015 EBE20: ZEB Jakobneuharting - Sensau	0	0	-22.784	-22.784	55.342
910-20-017 EBE20: ZEB Sanierung bei Gersdorf	0	200.000	0	-200.000	0
910-G-001 Grunderwerb	0	200.000	82.829	-117.171	90.171
910-ST2351 ST 2351: Geh- und Fahrradweg Grafig Bhf	31.000	0	25.207	-5.793	25.207
SUMME	1.136.233	3.242.000	3.041.954	-1.336.280	7.140.335

*) Investitionen, für die 2023 weder ein Plan noch ein Ist entstand, werden hier nicht dargestellt.

910-05-006 EBE5 Deckensanierung OD Forstinning – Überschreitung 131.006 €

Die Mehrausgaben entstanden durch die Erneuerung der Fahrbahn der Ortsdurchfahrt Forstinning. Es handelt sich um eine Maßnahme aus 2022, die erst in 2023 komplett abgerechnet wurde. Die massive Kostensteigerung des Projektes, auf Grund von belastetem Teermaterial und Mehraufwand bei der Entwässerung, stand erst nach dem Beschluss des Straßenbauprogrammes 2023 fest, so dass diese im Budget 2023 nicht mehr berücksichtigt werden konnte.

Die Überschreitung ist vom ULV-Ausschuss zu genehmigen.

910-09-006 EBE9: Deckenbau Grafig, Rotter Straße – Überschreitung 102.631 €

Die Sanierung der Kreisstraße war umfangreicher als ursprünglich geplant. Während der Bauarbeiten wurde festgestellt, dass der Untergrund zu wenig tragfähig war und eine längere Strecke saniert werden musste.

Die Überschreitung ist vom ULV-Ausschuss zu genehmigen.

910-18-004 EBE18: Ausbau Markt Schwaben - Lkrs.grenze – Überschreitung 1.140.744 €

Durch vorzeitige Fertigstellung der Baumaßnahme konnten 2023 bereits viele Rechnungen verbucht werden, welche für 2024 fortfolgend geplant wurden. Die Schlussrechnung erfolgte jedoch aufgrund nötiger Nacharbeiten erst 2024, sodass auch der Zuschussantrag erst 2024 gestellt werden konnte.

Die Überschreitung ist vom Kreistag nicht zu genehmigen, weil es sich um eine Periodenverschiebung handelt. Der Kreistag muss über die fehlenden Einnahmen in Höhe von 210.556 € informiert werden.

3. Kommunale Abfallwirtschaft (075)

Die Kommunale Abfallwirtschaft wurde am 01.01.2008 in den Landkreis als kostenrechnende Einrichtung eingegliedert.

3.1 Gesamtergebnis 2023:

Ergebnis vor Einstellung in die Gebührenaussgleichsrückstellung

	Plan	Ist	Abweichung
720 Kommunale Abfallwirtschaft		387.352	387.352
SUMME		387.352	387.352

Geplant war für das Jahr 2023 auf Grundlage der 2021 kalkulierten Gebührensätze mit einem positiven Ergebnis in Höhe von rund 144.000 €. Dieser Ertrag sollte der Gebührenaussgleichsrücklage hinzugeführt werden, sodass die Kostenstelle in der Planung 2023 ausgeglichen ist. Tatsächlich wies die Kommunale Abfallwirtschaft zum Jahresende ein Defizit in Höhe von 1.947.263 € auf. Die Gebührenaussgleichsrücklage betrug Stand 31.12.2022 1.559.911 €, sodass ein Großteil des Defizites aufgelöst werden konnte. Dennoch reichte diese Rücklage nicht für das komplette Defizit aus, sodass ein Netto-Aufwand in Höhe von 387.352 € verbucht werden musste. Mit der nächsten Gebührenkalkulation muss hier gegengesteuert werden, sodass diese Verluste nachträglich wieder erwirtschaftet werden. Die nächste Gebührenkalkulation wird 2024 vorgenommen und soll am 1. Januar 2025 in Kraft treten. Begründung s. zu den Kostenträgern im Folgenden.

Die gesamte Gebührenaussgleichsrücklage ist somit komplett aufgebraucht.

Die Überschreitung ist vom Kreistag zu genehmigen.

Die Rekultivierungs- und Nachsorgerückstellungen betragen zum 31.12.2023 insgesamt 5.911.551 €. Laut Nachsorgegutachten von 2020 reicht dieser Betrag nicht aus. Die Empfehlung des Rückstellungsbetrages für die Deponie „An der Schafweide“ für die Jahre 2020 bis 2049 beträgt 7.907.690 €.

3.2 Investitionen

Im Bereich der Abfallwirtschaft gibt es folgende Investitionstätigkeit:

	HH-Rest	Plan	Ist	Abweichung	Ist / Plan %
2013		95.500	31.229	-64.271	32,7%
2014		399.700	170.350	-229.350	42,6%
2015		484.100	182.425	-301.675	37,7%
2016		289.000	42.136	-246.864	14,6%
2017		441.000	65.630	-375.370	14,9%
2018		285.500	24.507	-260.993	8,6%
2019		283.000	29.840	-253.160	10,5%
2020		675.300	50.921	-624.379	7,5%
2021		348.000	5.885	-342.115	1,7%
2022	347.010	307.200	3.320	-650.890	0,5%
2023	652.532	172.400	32.460	-792.472	3,9%

Die Investitionen im Einzelnen:

	2022	2023		
	HH-Rest	Plan	Ist	Abweichung Ist zu Plan inkl. HH-Rest
720-00010 Investitionen Garagengebäude	65.000	20.000		-85.000
720-00011 Asphaltfläche Deponiegelände	80.000	50.000		-130.000
720-00012 Sickerwasser Schaltschrank	15.000	3.000		-18.000
720-00017 Pumpen	31.000	6.600	4.592	-33.008
720-00022 Umladestation - Buchten	40.000	8.000		-48.000
720-00023 Carport mit Photovoltaikanlage	150.000	30.000	3.511	-176.490
720-00027 Landkreis PPK-Container	10.000	2.400		-12.400
720-00029 Sonstige BGA Entsorgungszentrum	5.332	4.800	4.197	-5.935
720-00030 Bedachung Papiercontainer	8.000	1.600		-9.600
720-00100 Fahrzeuge und Zubehör	18.200		18.801	601
720-00201 Parkplatz gegenüber Altdeponie	100.000	20.000		-120.000
720-00204 Betriebstechnische Anlagen Deponienachsorge	130.000	26.000		-156.000
943-0014 LRA: Ausstattung (nicht Generalsanierung)			1.360	1.360
SUMME	652.532	172.400	32.460	-792.472

Insgesamt wurden im Bereich der Kommunalen Abfallwirtschaft 32.460 € an Investitionen getätigt, das entspricht einem Ausschöpfungsgrad der geplanten Investitionen von 3,9 %.

Viele Projekte konnten durch die lange Erkrankung des Betriebsleiters nicht umgesetzt werden. Des Weiteren war das SG 16 personell stark unterbesetzt und konnte nur den laufenden Betrieb aufrechterhalten.

3.3 Die Kostenträger in der Kommunalen Abfallwirtschaft (KAW)

Nachfolgend ist eine Übersicht über die Entwicklung der Kostenträger der kommunalen Abfallwirtschaft dargestellt:

	2020	2021	2022	2023			
	Ist	Ist	Ist	Plan	Ist	Abweichung	Abweichung in %
7280 KAW: Duales System (ohne PPK)	0	0	-534		-4.575	-4.575	
7281 KAW: PPK (kommunal und dual)	66.193	-793.123	-51.761	-68.986	612.766	681.752	988%
7282 KAW: Metallschrott/ Alteisen	-26.865	-125.652	-10.210	-15.000	155.446	170.446	1136%
7283 KAW: Problemabfall	80.805	87.803	83.891	124.338	85.009	-39.329	-32%
7284 KAW: Gartenabfall (Grüngut)	8.600	-1.792	94.207	-29.600	-578.867	-549.267	1856%
7285 KAW: Bioabfall/ Kompost	1.020.613	1.045.495	1.030.757	1.130.000	1.258.715	128.715	11%
7286 KAW: Asbest	-15.926	-10.551	-12.301	5.100	5.368	268	5%
7287 KAW: Elektronikschrott (Elektroaltgeräte)	29.643	-1.422	23.172	-21.730	-60.509	-38.779	178%
7288 KAW: Baurestmassen (Bauschutt)	-1.134	-6.177	-6.170	-4.350	-18.169	-13.819	318%
7289 KAW: Restmüll/ Sperrmüll (Selbstanlieferer)	-440.466	-454.207	-421.692	-372.550	-171.757	200.793	-54%
7290 KAW: Deponienachsorge	8.487	5.915	8.927	-62.284	4.856	67.140	-108%
7291 KAW: Entsorgungsumlage	-1.577.877	-2.036.517	-1.874.426	-2.118.967	-1.383.475	735.492	-35%
7292 KAW: Kunststoffeffassung	391	-786	8.000	-3.500	-16.645	-13.145	376%
7293 KAW: Altdeponien/ Altlasten				20.000		-20.000	-100%
7294 KAW: Künstliche Mineralfasern (KMF)	1.201	3.390	45.714	11.750	34.312	22.562	192%
Summe	-846.334	-2.287.623	-1.082.424	-1.405.779	-77.526	1.328.253	-94%

Es werden eine Reihe von Abfallfraktionen gemeindescharf abgerechnet. Dies betrifft die Fraktionen: Bauschutt, E-Schrott, Alteisen, Gartenabfall, Gasentladungslampen, Kfz-Batterien und Kunststoffe. Grundlage der gemeindescharfen Abrechnung sind die Mengen der jeweiligen Gemeinde/GV. Des Weiteren werden Endabrechnungen zur Dualen Wertstoffeffassung und zur Entsorgungsumlage (Hausmüll) erstellt.

Die Kosten für die Sach- und Produktleistungen sind stark gestiegen. Zum Beispiel steigen die Kosten für Hausmüll, Rest- und Sperrmüll durch die Erhöhung der Entsorgungspreise, durch die Anpassung der Transportpreise nach Index und durch die Einführung der Preisgleitklausel nach dem Marktgeschehen. Beim Biomüll ist eine Kostensteigerung von durchschnittlich 25 % zu verzeichnen.

3.4 Zusammenfassende Bewertung zur Kommunalen Abfallwirtschaft

Die finanzielle Lage der Abfallwirtschaft ist 2023 sowie 2024 als kritisch zu bewerten. Die Gebührenaussgleichsrücklage in Höhe von 1.559.911 € wurde komplett in 2023 aufgelöst. Diese reicht jedoch nicht aus, um die gesamten Aufwendungen zu decken. Die Ergebnisrechnung weist ein Defizit in Höhe von 387.352 € auf.

Da der Deponiekörper noch nicht in die Nachsorgephase entlassen wurde und eine schlechte Zinsentwicklung keine Reserven bilden lässt, ist zu erwarten, dass die Nachsorgerückstellung, die zum 31.12.2023 einen Stand von 5.911.551 € aufweist, weiterhin erhöht werden muss.

4. Steuerungsmöglichkeiten

Der Bereich Wirtschaftsförderung/Regionalmanagement ist eine freiwillige Leistung des Landkreises mit Netto-Aufwendungen von 331.693 € im Jahr 2023. Auch im Bereich ÖPNV handelt es sich größtenteils um freiwillige Beförderungsleistungen. In diesem Bereich können die Kosten durch eine Steigerung des Kostendeckungsgrades (= Erhöhung der Attraktivität) oder Änderungen in der Linienführung (mehr Fahrgäste) reduziert werden. Die politische Steuerung in diesem Bereich ist vorbildlich und hat dazu geführt, dass der Kostendeckungsgrad seit 2002 (in diesem Jahr betrug er 25,5 %) auf 54,2 % (2021) gesteigert werden konnte.

Im Bereich des ULV-Ausschusses sind folgende **freiwillige Leistungen** enthalten:

Nr.	Vertragspartner	Vertragsgegenstand	Vertragsdatum	Plan 2023	Ist 2023
1	Landkreis	Wirtschaftsförderung (KSt. 080)		350.110,00 €	331.692,68 €
	davon Trägerverein Carsharing	Zuschuss Carsharing		7.500,00 €	7.500,00 €
2	Landkreis	Fernradwege (Ktr. 1125)		2.850,00 €	2.237,50 €
3	Landkreis	ÖPNV (Ktr. 1123)		2.440.780,00 €	2.408.677,38 €
4	Landkreis	Tarifstrukturreform, 365 €-Ticket (KTR 1121)		724.960,00 €	743.152,99 €
5	Landkreis	Denkmalschutz (Ktr.4122 4121)		0,00 €	4.670,80 €
	Landkreis	Windkraftanlagen LSG Ebersberger Forst (KTR 0974)			4.358 € (im Ergebnis Klimaschutz enthalten)
6				0,00 €	
7		Varroamittel-Zuschuss		3.000,00 €	2.293,52 €
8		Durchwachsene Silphie/Biomasse aus Wildpflanzen und Artenvielfalt im Grünland		25.000,00 €	1.578,25 €
9		Kiebitzprojekt		4.500,00 €	524,02 €
10		a) Freiwillige Unterstützung einer Verbandsgeschäftsstelle		1.022,58 €	1.022,58 €
		b) Unterstützung weiterer Institutionen		2.650,00 €	2.650,00 €
11	Landkreis	Landschaftspflegeverband (KSt. 405)		79.641,00 €	80.829,00 €
12	Landkreis	Abschussprämie für Schwarzwild		45.960,00 €	16.494,00 €
13	Landkreis	Klimaschutzmanagement (KSt. 097)		297.756,00 €	55.927,00 €
		Gesamtsumme		3.978.229,58 €	3.651.749,72 €

Im staatlichen Aufgabenbereich beschränken sich die Steuerungsmöglichkeiten des Kreistages auf die Personalausstattung. Die Aufgaben sind vorgegeben und nicht steuerbar. Der Freistaat Bayern ist von den Landräten mit Unterstützung durch den Bayerischen Landkreistag aufgefordert, die Staatsaufgaben an den staatlichen Landratsämtern besser zu finanzieren. Das gilt sowohl für die Einhaltung der Personalquoten als auch für eine generelle Verbesserung bei den Finanzausgleichszahlungen.

5. Überplanmäßige Ausgaben (Genehmigungspflicht ULV-Ausschuss/Kreistag)

Über die Bewilligung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben, die im Einzelfall pro Kostenstelle einen Betrag von 100.000 € überschreiten, hat der ULV-Ausschuss zu entscheiden. Überschreitungen, die den gesamten Teilhaushalt betreffen, sind bis zu 200.000 € vom Kreis- und Strategieausschuss zu genehmigen. Über- und außerplanmäßige Ausgaben, welche 200.000 € übersteigen, hat der Kreistag nach Vorberatung durch den Kreis- und Strategieausschuss zu entscheiden.

In der **Ergebnisrechnung** sind drei genehmigungspflichtige Sachverhalte für den Kreistag eingetreten:

Kostenstelle 113 Schülerbeförderung – **Überschreitung 311.290 €**

Kostenstelle 910 Kreisstraßen und –unterhalt – **Überschreitung 254.639 €**

Teilhaushalt Kommunale Abfallwirtschaft bzw. Kostenstelle 720 Kommunale Abfallwirtschaft – **Überschreitung 387.352 €**

Teilbudgets des ULV- Ausschusses (ohne kommunale Abfallwirtschaft) – **Überschreitung 219.515 €**

Bei den **Investitionen** sind drei genehmigungspflichtige Sachverhalte für den ULV-Ausschuss eingetreten:

910-05-006 EBE5: ZEB Deckensanierung OD Forstinning – **Überschreitung 131.006 €**

910-09-006 EBE9: Deckenbau Grafing, Rotter Straße – **Überschreitung 102.631 €**

450-0014 Flächenankauf durch Moorberatung – **Überschreitung 157.490 €**

Bei den **Investitionen** ist kein genehmigungspflichtiger Sachverhalt für den Kreistag eingetreten, weil es sich bei der folgenden Maßnahme um eine Periodenverschiebung handelt. Der Kreistag muss über die fehlenden Einnahmen in Höhe von 210.556 € informiert werden.

910-18-004 EBE18: Ausbau Markt Schwaben - Landkreisgrenze – **fehlende Zuschüsse in Höhe von 210.556 €**

6. Ausblick auf die mögliche künftige Entwicklung

ULV-Ausschuss (ohne Kommunale Abfallwirtschaft):

Ist			Ist	Plan	Veränderung Ist 2022 zu Ist 2023	Veränderung Ist 2023 zu Plan 2024
2020	2021	2022	2023	2024		
6.099.887	6.339.766	7.512.323	9.840.092	11.826.159	2.327.769	1.986.067

Der Planansatz 2024 wurde mit 1.986.067 € über dem Ergebnis des Haushaltsjahres 2023 veranschlagt und spiegelt mit einer Erhöhung von 20 % den steigenden Trend des Teilbudgets in den letzten Jahren wieder.

Anhand der Entwicklung der vergangenen Jahre ist darüber hinaus ersichtlich, dass das Ergebnis des ULV-Ausschusses höchst heterogen zu beurteilen ist, was maßgeblich von den Themen ÖPNV und Schülerbeförderung beeinflusst wird. In diesen Bereichen sind, wie die Entwicklung der Vorjahre regelmäßig zeigte, Planabweichungen sowohl positiver als auch negativer Art von mehreren 100.000 € möglich. Zugleich stellen die Einnahmen aus überlas-

senen Kostenaufkommen im staatlichen Bereich aus Genehmigungsverfahren aber auch der Eingriffsverwaltung in der Regel einen sehr unsicheren Faktor dar, der von zahlreichen gesellschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen beeinflusst wird.

Auswirkungen auf den Klimaschutz:

- ☐ ja, positiv
- ☐ ja, negativ
- ☐ nein

Wenn ja, negativ:

Bestehen alternative Handlungsoptionen? ☐ ja* ☐ nein*

Welche?

Auswirkung auf den Haushalt:

Der ULV-Ausschuss hat den Gesamtplan in Höhe von 9.620.577 € um **219.515 € überschritten**, das sind **2,3 %**.

Die geplanten Investitionen in Höhe 4.645.401 € wurden um **1.362.483 € unterschritten**, das sind **29,3 %**.

II. Beschlussvorschlag:

Dem ULV-Ausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

- 1) Die außerplanmäßige Ausgabe der Investition 910-05-006 EBE5: ZEB Deckensanierung OD Forstinning in Höhe von 131.006 € wird genehmigt.
- 2) Die überplanmäßige Ausgabe der Investition 910-09-006 EBE9: Deckenbau Grafing, Rotter Straße in Höhe von 102.631 € wird genehmigt.
- 3) Die überplanmäßige Ausgabe der Investition 450-0014 Flächenankauf durch Moorberatung in Höhe von 157.490 € wird genehmigt.

Dem ULV-Ausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Dem Kreis- und Strategieausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

- 1) Die überplanmäßige Ausgabe auf der Kostenstelle 113 Schülerbeförderung in Höhe von 311.290 € wird genehmigt.
- 2) Die überplanmäßige Ausgabe auf der Kostenstelle 910 Kreisstraßen und – unterhalt in Höhe von 254.639 € wird genehmigt.
- 3) Die fehlenden Zuschüsse in 2023 in Höhe von 210.556 € der Investition 910-18-004 EBE18: Ausbau Markt Schwaben - Landkreisgrenze werden zur Kenntnis genommen.

- 4) Die überplanmäßigen Ausgabe des Teilbudgets des ULV- Ausschusses (ohne kommunale Abfallwirtschaft) in Höhe von 219.515 € werden genehmigt.**
- 5) Die überplanmäßige Ausgabe des Teilbudgets Kommunale Abfallwirtschaft bzw. der Kostenstelle 720 Kommunale Abfallwirtschaft in Höhe von 387.352 € wird genehmigt.**

gez.

Katja Witschaß